

Renate Hürtgen

Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?

<http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.1.988>

Reprint von:

Renate Hürtgen, Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?, in: „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989), herausgegeben von Leonore Ansorg, Bernd Gehrke und Thomas Klein, Böhlau Köln, 2009 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 40), ISBN 978-3-412-14306-0, S. 135-159

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Renate Hürtgen (2009), Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.988>

Ursprünglich erschienen als: Renate Hürtgen, Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?, in: „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989), herausgegeben von Leonore Ansorg, Bernd Gehrke und Thomas Klein, Böhlau Köln, 2009 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 40), ISBN 978-3-412-14306-0, S. 135-159

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 40

Leonore Ansorg, Bernd Gehrke,
Thomas Klein, Danuta Kneipp (Hg.)

»Das Land ist still – noch!«

Herrschaftswandel und
politische Gegnerschaft in der DDR
(1971–1989)



2009

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

(#130) ZZF 79899
ZDF

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zum Titel:

Textzeile aus dem Lied »Noch« von Wolf Biermann (Mai 1968)

Umschlagabbildung:

Polizeieinsatz am 10.06.1989 während des Straßenmusikfestivals in Leipzig
(Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft; Signatur: MDA_Fo_18074)

© 2009 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-14306-0

Inhalt

Vorwort	9
LEONORE ANSORG, BERND GEHRKE, THOMAS KLEIN	
Einleitung: Politische Gegnerschaft in der DDR als Forschungsgegenstand deutscher Gesellschaftsgeschichte	17
ANNETTE WEINKE	
Strafrechtspolitik und Strafrechtspraxis in der Honecker-Ära.....	37
JOHANNES RASCHKA	
Politische Hintergründe des Strafvollzugsgesetzes von 1977. Widersprüche der Rechtspolitik während der Amtszeit Erich Honeckers	57
LEONORE ANSORG	
Veränderungen in der Strafvollzugspraxis in den siebziger und achtziger Jahren am Fall der Haftanstalt Brandenburg	73

DANUTA KNEIPP

„Dies ist kein Arbeitsrechtsstreit, sondern eine politische Sache.“ Das
Arbeitsrecht als Herrschaftsinstrument gegen widerständiges Verhalten.... 93

WALTER SÜß

Wandlungen der MfS-Repressionstaktik seit Mitte der siebziger Jahre im
Kontext der Beratungen der Ostblock-Geheimdienste zur Bekämpfung
der „ideologischen Diversion“ 111

RENATE HÜRTGEN

Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre –
ein Thema für die Oppositionsforschung? 135

SVEN KORZILIUS

Gesellschaftliche Ausgrenzung „Asozialer“ in der Honecker-DDR..... 161

PETER WURSCI

In der Provinz bin ich der Prinz – Jugendkulturelle Konflikte in der DDR
mit Beispielen aus dem Bezirk Suhl 181

BERND GEHRKE

Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis
oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er
und 1970er Jahre..... 203

THOMAS KLEIN

Gegenöffentlichkeit. Oppositionelle Wirkungsformen und staatliche
Abwehrstrategien in der DDR..... 227

REINER MERKER

Handlungsfeld Öffentlichkeit.
Opposition in den siebziger/achtziger Jahren in Gera 249

CHRISTOF GEISEL

Siegreiche Revolutionäre oder Opfer der Wiedervereinigung?
Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition 267

HENNING PIETZSCH

Der „Weiße Kreis“ in Jena – Beispiel für den Wandel der Protestformen
Ausreisewilliger in den siebziger und achtziger Jahren..... 291

ULRICH HUEMER

„Ehrlich sitzt am Längsten“. Der Umgang der DDR-Opposition
mit der MfS-Untersuchungshaft in den achtziger Jahren 303

TOMÁŠ VILÍMEK

Tschechoslowakische und DDR-Opposition im Visier der
Staatssicherheitsdienste beider Länder 327

Abkürzungsverzeichnis	351
Literaturverzeichnis	355
Autorenverzeichnis	377
Ausgewählte biographische Anmerkungen	383
Personenverzeichnis	391

RENATE HÜRTGEN

Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?

Vorbemerkungen

Im vorliegenden Artikel wird eine Entwicklung des Konfliktverhaltens von Beschäftigten in den Betrieben der DDR beschrieben, das in den fünfziger Jahren noch deutliche Bezüge einer traditionellen Arbeiterbewegungskultur aufwies, jedoch zunehmend einen individualisierten und privatisierten Charakter annehmen sollte. Die Tradition eines in Gewerkschaften oder Parteien organisierten Arbeiterwiderstandes war in Deutschland bereits 1933 durch das NS-Regime gewaltsam unterbrochen worden und konnte, von einer kurzen Nachkriegszeit abgesehen, in der DDR nicht wieder aufleben. Das diktatorische System hatte die Eigenständigkeit sämtlicher Arbeiterorganisationen, darunter die der Gewerkschaften, bald unterbunden und sie zum Bestandteil seines Herrschaftsapparates gemacht. Die organisierte Arbeiterbewegung war in der DDR eine „verstaatlichte“, sie hatte damit ihren Charakter als autonome Bewegung der abhängig Beschäftigten verloren.¹ Auch die noch bis in die sechziger Jahre häufiger praktizierten individuellen betrieblichen Konfliktaustragungen und die weit weniger verbreiteten kollektiven Widerstände wie Streiks oder Protestversammlungen waren kaum noch mit dezidiert politischen Forderungen verbunden und mit ihren ökonomischen Zielstellungen auf die Verbesserung der Situation meist kleiner Belegschaftsgruppen gerichtet. „Arbeitsniederlegungen“ hatten am Ende der siebziger und in den achtziger Jahren an Zahl und Menge der Beteiligten keine gesellschaftliche Relevanz. Die DDR-Arbeiterschaft war atomisiert, in die Betriebe war nun „Friedhofsruhe“ eingezogen.²

1 Vgl. Christoph Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/2000*, S. 20–28. Anders als Kleßmann, gehe ich davon aus, dass die Arbeiterbewegung mit der Vereinnahmung durch Partei und Staat ihren Bewegungskarakter verloren hatte und der DDR-Staat nicht als Fortsetzung einer Tradition der Arbeiterbewegung angenommen werden kann. Vgl. Renate Hürtgen, Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln 2005, S. 383–404.

2 Diese Entwicklung ist dargestellt, in: Renate Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Der Vertrauensmann des FDGB im DDR-Betrieb*, Köln/Weimar/Wien 2005.

Als Ursache für diese Entwicklung wird in zeitgeschichtlichen Forschungen die bereits früh einsetzende Befriedung der DDR-Arbeiter mittels Löhnen und staatlichen Sozialleistungen angesehen. Im Anschluss an die Ereignisse des 17. Juni 1953 sei die Verhandlungsmacht der Arbeiter gegenüber der Partei und Regierung derart gewachsen, dass letztere sich nie mehr zu einer Lohn- und Sozialpolitik entschließen konnten, die sich gegen die Interessen einer größeren Gruppe von Arbeitern richtete. Dies hätte spätestens in den sechziger Jahren zu einem „Stillhalteabkommen“ in gegenseitigem Einvernehmen zwischen beiden Seiten geführt.³ Eine solche Erklärung für den weitgehend konflikt- und widerstandslosen Zustand im DDR-Betrieb erscheint auf den ersten Blick plausibel. Tatsächlich gab es in der DDR seit den Massendemonstrationen im Juni 1953 keine in ihrer politischen und sozialen Wirkung vergleichbare gegen die Staats- und Parteiführung gerichtete kollektive Aktion; selbst jene Proteste, die der Verbesserung der unmittelbaren ökonomischen Lage dienten, erreichten seitdem keine relevante Öffentlichkeit mehr, die Zahl der Beteiligten an solchen Aktionen nahm – wie schon erwähnt – zudem rasant ab. Die individuelle Art und Weise, sein Interesse im Betrieb durchzusetzen trat an die Stelle der kollektiven, die konsensuale verdrängte die konfliktorische. Bereits am Ende der siebziger Jahre war angesichts der desolaten wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR weder die eine noch die andere Form geeignet, ein Begehren tatsächlich durchzusetzen. Resignation machte sich breit. Erst 1989 lebten in den Betrieben kollektive widerständige Formen der Interessenartikulation gegen die staatliche Bevormundung auf, welche – in ihrer Bedeutung für den Verlauf der Ereignisse derzeit wie heute unterschätzt – zugleich auch einen Schritt aus dem Zustand politischer Atomisierung der Arbeiterschaft in der DDR bedeuteten.⁴

Wie lässt sich diese Entwicklung des Verhaltens der DDR-Arbeiter deuten? Waren es Interesselosigkeit und fehlende Motivation, welches die Belegschaften von einer arbeiterbewegten Tradition rasch Abschied nehmen ließen? Hatten die Arbeiter und Angestellten in der DDR überhaupt genügend Anlässe, sich in Konflikt mit der Betriebsleitung, dem FDGB⁵ oder den Ministerien zu begeben, konnten sie ihre Wünsche nicht vielmehr auf andere Art und Weise und durchaus erfolgreich durchsetzen? Was braucht es eine widerständige, kollektive und betriebsöffentliche Protestkultur, wenn sich das Wichtigste im Arrangement, im „Normerfüllungspakt“ regeln lässt? Die Geschichte des betrieblichen Widerstandes in der DDR bestätigt eine derartige Sicht auf den Betrieb nicht. Weder ließen die Anlässe für Konfliktverhalten nach, im Gegenteil nahmen sie mit einer immer desolateren Wirtschaftslage eher zu, noch lässt sich von der Ruhe in den Betrieben auf eine übereinstimmende Interessenlage zwischen staatlicher Leitung und Belegschaften schließen. Übersehen wird bei dieser Lesart des Verhältnisses, dass hier nicht zwei gleichberechtigte Partner einen „Vertrag“ eingegangen waren, sondern eine Staatsmacht diesen Pakt dominierte, in dem sie sämtliche Regeln auch für widerständiges und konfliktorisches Verhalten festlegte und die Grenzziehungen im direkten wie im übertragenen Sinn vornahm. Damit soll nicht

3 Vgl. Michael Hofmann, Die Leipziger Metallarbeiter. Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte, in: Michael Vester u.a. (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995, S. 136–192.

4 Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001.

5 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund.

eine Entwicklung ignoriert werden, in der sich die Lage der Arbeiter in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren deutlich verbesserte und in deren Verlauf Freizeit sowie privater Konsum einen hohen Stellenwert bekamen, sondern einer Darstellung entgegengetreten werden, die Herrschaft, auch politische Herrschaft, aus dem betrieblichen Alltag der DDR-Arbeiter verbannt und die Entwicklung des abnehmenden Konfliktverhaltens der Belegschaften vor allem aus einer ökonomisch befriedeten Situation ableitet, einem Bedürfnis nach Ruhe oder einem mentalen Wandel in der neuen Arbeitergeneration. So, wie von einer marginalisierten Opposition nicht auf einen politischen Konsens der Mehrheitsgesellschaft mit der Partei- und Staatsführung geschlossen werden kann, sind fehlende Konflikt austragungen im Betrieb kein Anzeichen für eine zufriedene Belegschaft.

Aus dem Bündel von Ursachen für Arbeiterverhalten in der DDR soll in diesem Artikel das staatliche Regelwerk näher betrachtet werden, welches in den Betrieben auf unterschiedlichste Art und Weise gegenüber den Belegschaften aufgestellt worden war und deren Konfliktstrategien und Protestformen maßgeblich bestimmten. Dass die Arbeiter keine passiven Empfänger dieser Order waren und Partei, Staat oder Staatssicherheit nicht willkürlich und unabhängig von politischen oder ökonomischen Zwängen agieren konnten, ist hier selbstverständlich vorausgesetzt, setzt jedoch die Tatsache eines Herrschaftsverhältnisses nicht außer Kraft, in welchem die Machtverhältnisse immer ungleich verteilt sind. Dies gilt nicht weniger für den betrieblichen Disziplinierungs- und Kontrollapparat in der DDR.

Im Folgenden interessiert der Zusammenhang zwischen der politischen Herrschaftspraxis des Parteistaates und dem Konfliktverhalten von DDR-Arbeitern, dessen Entwicklung bis 1989 an historischen Zäsuren der DDR-Geschichte kursorisch dargestellt werden wird. Nach dem vorhergesagten dürfte deutlich geworden sein, dass dabei nicht nach einem organisierten Arbeiterwiderstand in den Betrieben der DDR geforscht werden kann. Vielmehr muss gefragt werden, wie sich Formen und Inhalte von betrieblichem Protest veränderten, welchen Anteil an diesen Veränderungen die darauf reagierende Staatsmacht hatte und nach welchen Kriterien überhaupt von Protest, Widerstand oder Zivilcourage gesprochen werden kann. Wir werden nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und angesichts des diktatorischen Gesellschaftssystems davon ausgehen, dass jede Verweigerung oder praktizierte Illoyalität ein Akt des (individuellen) Widerstandes gewesen sei.⁶ Für die Beschreibung der allgemeinen Stimmung ist die Tatsache, dass sich eine Mehrheit der DDR-Beschäftigten von diesem Staat und seinen betrieblichen Unterabteilungen nicht vertreten sah, ein wichtiger Befund; um jedoch den Charakter des Verhaltens von Arbeitern differenziert bestimmen, illoyale Anpassung von politischer Regelverletzung unterscheiden zu können, reicht dieses Generalurteil nicht aus. Die Kluft zwischen den Arbeitern und der Parteiführung fand selbst unter den diktatorischen Bedingungen in der DDR seine unterschiedlichsten Ausdrucksformen und reichte vom Witzerzählen, über die „Arbeitsbummelei“ und den Rückzug

6 Diese Tendenz bei Klaus Wolfram: „Zum Alltag in der DDR gehörte so etwas wie ein Alltagswiderstand, Mehrheitswiderstand, Durchschnittswiderstand – strukturell erzwungen von jedermann, zu jeder Zeit, an (fast) jedem Ort.“ Es folgen die Beispiele der „doppelten Sprache“ in der Schule und der schlechten Arbeitsdisziplin im Betrieb, Klaus Wolfram, Drei Defizite im Fortgang der Aufarbeitung, in: Horch und Guck. Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees 15. Januar e.V., 15. Jg., Heft 54, 2006 (2), S. 57.

ins Private, bis zu anonymen „Meinungsäußerungen“ an der Toilettenwand.⁷ In diesem Beitrag wird vor allem auf jene Protestformen der Beschäftigten verwiesen, die sich ihres Charakters wegen als deutliche Regelverletzung aus der Menge allgemeiner Unmutsäußerungen abhoben. Allerdings lassen sich Protest, Opposition oder Widerstand in einem Staat, der als politischer und ökonomischer Monopolist die Definitionsmacht für sämtliches Verhalten hat und Übertretungen ahndet, nicht in betrieblichen Widerstand einerseits und solchen, der sich gegen den Staat und das politische System richtet andererseits auf die für westliche kapitalistische Gesellschaften gültige Weise unterscheiden. Eine öffentlich geäußerte Kritik an der Lohnpolitik und Forderungen nach Änderungen derselben, vielleicht noch in kollektiver Form und zu einem für Partei und Regierung brisanten außenpolitischen Zeitpunkt vorgebracht, macht eine ursprünglich wirtschaftliche Forderung in einer Diktatur zum Politikum. In einem Staatssystem, welches keine autonome Interessenvertretung zulässt, zielt eine Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften auf die Erschütterung seiner Grundfesten.⁸ Dies wussten natürlich alle Beteiligten aus gemachter Erfahrung und verhielten sich dementsprechend: die einen, indem sie solchen Forderungen größte sicherheitspolitische Bedeutung beimaßen und präventiv zu unterdrücken suchten, die anderen, indem sie es tunlichst vermieden, ihrem Begehren einen politischen Charakter zu geben. Was dies im einzelnen und zu unterschiedlichen Zeiten in der DDR bedeutete, soll später beschrieben werden. Der Artikel schließt mit ersten Überlegungen einer Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach dem Stellenwert von betrieblichem Widerstand für die Oppositionsforschung.

Arbeitskämpfe, Protest und Arbeiterwiderstand in der SBZ/DDR

Der Zustand, indem sich die deutsche Arbeiterklasse nach 1945 befand, war differenzierter und widersprüchlicher als eine gerade zerschlagene Diktatur vermuten ließe. Einerseits

7 Vgl. Olaf Klenke, Das Mikroelektronik-Programm und die „Dritte industrielle Revolution“ in der DDR (1977–1989). Zwischen Rationalisierung und sozialem Konflikt, Diss. 2005, S. 239–278 (Unv. Manuskript).

8 Angesichts dieser Realität ist ein Oppositionsbegriff notwendig, der die vielfältigsten Aktivitäten erfasst, was mit dem der „politischen Gegnerschaft“ möglich erscheint. Darunter werden die verschiedensten Formen von Verhaltensweisen Einzelner oder Gruppen verstanden, die sich gegen die Politik der Regierung richteten. Der Begriff lehnt sich an den von Bernd Florath verwendeten. Vgl. ders., Opposition und Widerstand. Eine historische Betrachtung politischer Gegnerschaft in Deutschland seit 1945, in: Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 100, Berlin 2006, S. 5. Hier wird auch der Gedanke entwickelt, dass es die „herrschende Politik“ ist, die Form und Inhalt „politischer Gegnerschaft“ bestimmt, mithin an der Reaktion der Staatsmacht erkennbar wird, was unter „politischer Gegnerschaft“ gerade verstanden wird. Damit wird nicht jedes non konforme Verhalten zu einer politischen Gegnerschaft, wie umgekehrt die Meßlatte nicht derart hoch gehängt wird und nur ein Eingreifen in die unmittelbaren Politikbereiche des Staates, möglichst verbunden mit einem alternativen Gesellschaftskonzept oder gar in illegalen Gruppen agierend, als politisches Gegnerverhalten bezeichnet werden darf. Vgl. zu dieser Tendenz: Helke Stadtland, Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen Integration, Disziplinierung und Verweigerung, in: Peter Hübner u.a. (Hg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln 2005, S. 360f.

waren Arbeiter eine wichtige Stütze des Naziregimes gewesen,⁹ andererseits bestand unter den deutschen Arbeitern in Ost und West nach 1945 eine hohe Erwartung an die „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien“ und an eine staatliche zentrale Planung wichtiger Wirtschaftsbereiche.¹⁰ Die demokratische Mitsprache der Gewerkschaften im Unternehmen und im Staat wurde dabei wie selbstverständlich angenommen und gehörte in der unmittelbaren Nachkriegszeit in die Forderungskataloge der sich formierenden neuen Gewerkschaften in den Ost- und Westzonen. Sozialistische Ideen waren durchaus nicht exotisch in der deutschen Nachkriegslandschaft.¹¹

Bezogen auf das hier zur Diskussion stehende Thema eines Arbeiterwiderstandes ist dieser Befund von besonderer Bedeutung, denn nicht nur die Inhalte, auch die Formen der Proteste wiesen in dieser Zeit noch eine große Nähe zur Tradition der Arbeiterbewegung von vor 1933 bzw. zur frühen NS-Zeit aus.¹² Bereits 1946 gab es wieder Streiks in den Westzonen und im November 1948 kam es dort zu einem Generalstreik, an dem über neun Millionen Beschäftigte beteiligt waren.¹³ Als Ausdruck dieser arbeiterbewegten Kontinuität kann auch gewertet werden, dass in allen Zonen des Nachkriegsdeutschlands Arbeiter und Angestellte in großer Zahl in die neuen Gewerkschaften eintraten.¹⁴ Wie es zu einem solchen, den Faschismus überdauernden Selbstverständnis von Arbeitern gekommen war, kann hier nur angedeutet werden. Zum einen zeigt das praktische Verhalten der Industriearbeiterschaft unter der NS-Herrschaft, dass sich der „Klassenkampf“ nicht so rasch aus den Betrieben vertreiben ließ wie von den Machthabern erwünscht.¹⁵ Traditionelle Strukturen der industriellen Arbeitswelt und traditionelles Denken in Interessengegensätzen blieben erhalten oder waren – trotz „Gemeinschaftsideologie“ und Terror – nicht schlagartig zu tilgen. So

9 Vgl. Jürgen Falter, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.

10 Vgl. Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989; Michael Kittner, Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart, München 2005, S. 533f.

11 „Sozialismus-Rhetorik“ nennt Schneider diese Stimmung. Vgl. Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 183; vgl. auch zum Potential sozialistischer Anschauungen nach 1945, Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Band 1: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Köln 1983, S. 191–208.

12 Christoph Kleßmann, Konfliktbereitschaft in der Arbeiterschaft, in: Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, hg. von Roger Engelmann/Ilko-Sascha Kowalczyk, Göttingen 2005, S. 251–262, hier: S. 255.

13 Kittner, Arbeitskampf, S. 557–560.

14 Allerdings kommt hier auch eine andere Seite der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck, nämlich deren starke Orientierung auf eine „Stellvertreterpolitik“. Vgl. Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation, S. 36ff.

15 Vgl. Tilla Siegel, Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Hans Mommsen (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97–150, S. 105. Diese Aussagen über mentale Kontinuitäten beziehen sich ausschließlich auf die erwähnten Verhaltens- und Denkweisen. Damit ist kein Urteil darüber abgegeben, ob das „Herrenmenschentum“, der Rassismus oder andere Werte aus der NS-Zeit sich in den Belegschaften nach 1933 durchgesetzt hatten oder nicht. Vgl. Rüdiger Hachtmann, Überlegungen zur Vergleichbarkeit von Deutscher Arbeitsfront und FDGB, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 389f.

gab es trotz des hohen Risikos der Verhaftung noch Streiks und andere kollektive Formen der Interessendurchsetzung bzw. der Verweigerung von Belegschaften, die neue NS-Betriebspolitik vorbehaltlos mitzutragen.¹⁶ Untersuchungen zum Verhalten von Arbeitern im „Dritten Reich“ haben zeigen können, dass es verstärkt nach 1936/37 zu zahlreichen „Formen der kollektiven Selbstbehauptung“ im Betrieb kam, darunter Kurzstreiks in beträchtlicher Anzahl von zehn bis zwölf Aktionen im Monat.¹⁷ 1943 musste der „Sicherheitsdienst“ (SD) in seinen „Mitteilungen aus dem Reich“ bekanntgeben, dass „der Arbeiter vielfach wieder (beginne) in Klassen zu denken“.¹⁸ Zum zweiten gab es nach 1945 eine relativ große Kontinuität in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft. Trotz Nachkriegswirtschaft und einem zeitweilig hohen Frauenanteil in der Industrie, ähnelte die deutsche Wirtschaft in ihren wesentlichen Teilen der Wirtschaftsstruktur von vor 1933. Und nicht zuletzt trugen aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommende, v.a. sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre dazu bei, dass in der Nachkriegszeit an ein traditionelles Organisations- und Widerstandsverständnis angeknüpft werden konnte. Zu dieser Tradition gehörten auch die in Betrieben und Territorien spontan gegründeten Antifa-Ausschüsse und Betriebsräte. Ungeachtet ihres pragmatischen Gründungsanlasses, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen und die Verteilung des Mangels zu organisieren, können sie als Institution begriffen werden, die aus einer autonomen Arbeiterbewegungstradition stammt.¹⁹

Obwohl diese autonome Tradition in der SBZ/DDR schon frühzeitig strukturell und personell abgebrochen wurde, der FDGB als „Transmissionsriemen“ der SED aufgebaut und Funktionäre, von denen angenommen wurde, sie stünden einer solchen Entwicklung im Wege, aus den Ämtern entfernt waren, hielt sich eine mentale Erwartung an Inhalt und Widerstandsform einer autonomen Arbeiterbewegung einige Jahre in der DDR-Arbeiterschaft. Zahlreiche Arbeitsniederlegungen noch zu Beginn der fünfziger Jahre, die sich vor allem gegen die Arbeitsnormen richteten oder höhere Löhne einforderten sowie kleine sozialdemokratische Widerstandsgruppen in den Betrieben²⁰, lassen ein recht vielfältiges Bild vom Arbeiterprotest in der frühen DDR entstehen. Höhepunkt eines solchen traditionellen Arbeiterprotestes waren die Demonstrationen und Streiks vom 17. Juni 1953. Die Art und Weise wie und wo man sich versammelte, wie die Streikleitungen gewählt und welche Forderungen die Aufständischen formulierten, nicht zuletzt, wo sich die Zentren der Streiks befanden, all dies ähnelte dem Szenarium eines traditionellen Arbeitskampfes, das viele Beteiligte noch aus eigener Erfahrung gekannt haben dürften. Der politische Charakter allerdings, den der anlässlich einer Normenfrage ausgelöste Aufstand rasch annahm, verweist auf das schon erwähnte Dilemma, in welchem sich diese Diktatur bis an ihr Ende befand: Als quasi Gesamtunternehmer legte der Staat die Löhne und Preise fest, bestimmte die Normentwicklung und entschied letztlich über die Entwicklung aller Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung. Im Konfliktfall die eigenen Interessen in Anschlag zu bringen, be-

16 Vgl. Arbeiter werden Mangelware, in: Harald Focke/Uwe Reimer, *Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten. Ein aufklärendes Lesebuch*, Hamburg 1991, S. 135–142.

17 Vgl. Karl Heinz Roth, *Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“*, München 1993, S. 23–28; 76–80. Sogar Massenstreiks kamen während der NS-Zeit vor. Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich*, Bonn 1991, S. 366f.

18 Zit. n. Siegel, *Rationalisierung statt Klassenkampf*, S. 139.

19 Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung und Partizipation*, S. 38.

20 Vgl. Kleßmann, *Konfliktbereitschaft*, S. 256.

deutete für die Arbeiter der DDR somit immer zugleich, sich gegen den Staat zu richten, jeder Arbeitskampf barg für die Beteiligten die Gefahr in sich als politische Gegner behandelt zu werden. Verlauf und Ende des Aufstandes von 1953 führten diese Konstellation unmissverständlich vor aller Augen und stellten die entscheidenden Weichen für ein verändertes Konfliktverhalten sowohl auf Seiten von Staat und Partei als auch auf Seiten der Arbeiterschaft. Die Staatsmacht vermied von nun an, sich in ein offenes Konfliktgeschehen mit der „führenden Klasse“ zu begeben. Zugleich verstärkte sie ihre Aufmerksamkeit für „Vorkommnisse“ in den Betrieben, führte ein dichtes Informationsnetz sowie die betrieblichen Kampfgruppen als paramilitärische Einrichtung ein.²¹ Der Ausbau des in den achtziger Jahren bekanntlich ausufernden Spitzelsystems nahm am Ende der fünfziger Jahre seinen Anfang.²² Die Arbeiter ihrerseits lernten zunehmend, „unpolitisch“ zu argumentieren, wenn sie ein Begehren vortrugen und änderten die Formen des Protestes. Ihre politische Haltung, etwa, was sie vom Staat, seinen Repräsentanten und deren „Maßnahmen“ hielten, kam immer häufiger nur noch hinter der berühmten vorgehaltenen Hand oder in „schwejskscher Art“ zum Ausdruck.²³ Obwohl die Arbeiter der DDR jene heute einsehbaren Aktennotizen des FDGB oder des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nicht kannten, wird ihnen spätestens im Verlauf der sich an einen Streik oder ein Protestschreiben anschließenden Disziplinierungsgespräche nicht verborgen geblieben sein, dass selbst ihre sozialen und ökonomischen Forderungen von der Partei und vom FDGB in „provokatorische, gemäßigte, aber ungerechtfertigte und berechnete“ eingeteilt wurden, worauf sich einzustellen äußerst sinnvoll war.²⁴

Zunächst aber musste das MfS nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 noch zahlreiche Streiks und kollektive Willenskundgebungen von Arbeitern registrieren, in denen sich mit Inhaftierten des Aufstandes solidarisiert oder der „Jahrestag“ begangen wurde. Die Berichte von Staat, Partei, MfS und FDGB beschreiben allerdings auch, dass sich zunehmend Resignation ausbreitete und die positiven Bezüge zu den Ereignissen des 17. Juni einem deutlichen Gefühl der Niederlage wichen.²⁵ Nach den Erfahrungen des 17. Juni waren kollektive Aktionen für die Beteiligten noch risikobehafteter als zuvor, insbesondere dann, wenn sie eine Öffentlichkeit erreichen sollten, einen dezidiert politischen Charakter trugen, die Partei- und Staatspolitik kritisierten oder überbetriebliche Forderungen beinhalteten. All dies scheint auf einen Traktorfahrer in der Maschinen-Traktoren-Station Koetzlin/Kyritz getroffen zu haben, der am 8. August 1958 mit drei Kollegen aus Unzufriedenheit über eine Normenerhöhung, die ihnen weniger Lohn einbrachte, „mit ihren Traktoren demonstrativ

21 Vgl. die differenzierte Darstellung des Verhaltens der Staatsmacht im Anschluss an den 17. Juni 1953 bei Roger Engelmann, *Das Juni-Trauma als Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Expansion? Zur Entwicklung der Repressionsapparate nach dem 17. Juni 1953*, in: *Volkserhebung gegen den SED-Staat*, S. 235–250. Interessant sein Nachweis, dass es sich zunächst eher um eine qualitative als eine quantitative Veränderung des Sicherheitsapparates handelte. Vgl. ebd.

22 Hans-Peter Löhn, *Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Halle an der Saale*, Bremen 2003, S. 195.

23 Das MfS war auch hier sehr hellhörig und verhinderte z.B., dass eine Frauenbrigade zum 1. Jahrestag des Aufstandes ihren Haushaltstag kollektiv nehmen konnte, Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung*, S. 67.

24 Helke Stadtland, *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953*, Essen 2001, S. 492.

25 Vgl. auch: Heidi Roth, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen*, Köln 1999, S. 395–409.

durch den Ort“ führen, „wobei sie die Losung mit sich führten „Die Mark = 1 Pfennig“. Der Initiator dieser Protestfahrt wurde noch am Nachmittag des gleichen Tages festgenommen.²⁶ Verhaftungen weg vom Arbeitsplatz gehörten am Ende der fünfziger Jahre durchaus noch zum Erfahrungsschatz einer Belegschaft.²⁷

Dennoch und trotz repressiver Reaktionen des Staates blieb die traditionelle Form der „Arbeitsniederlegung“, wie der Streik offiziell genannt wurde, mit abnehmender Tendenz bis in die sechziger Jahre hinein ein Bestand arbeiterlichen Verhaltens in der DDR.²⁸ Er verlor jedoch zunehmend einen politischen Inhalt, d.h., Adressaten des Streiks waren nicht mehr die Partei- und Staatsführung, sondern untergeordnete Funktionärebene, Streikinhalte beschränkten sich auf betriebliche und individuelle Probleme. Ohnehin waren Streiks in der DDR immer spontan oder wurden als solcher von den Akteuren so deklariert und fanden seit den endfünfziger Jahren nicht mehr in einer außerbetrieblichen und nur ausnahmsweise im Rahmen einer betrieblichen Öffentlichkeit statt. Im Ergebnis blieb damit selbst der vom Staat so genannte „berechtigte“ Streik oder „gemäßigte“ Protest im Verborgenen. So erfuhren nicht einmal die Beschäftigten aus dem eigenen Betrieb von einem Streik in der Nachbarabteilung; dies zu verhindern hatte sich die Staatssicherheit zur vorrangigen Aufgabe gemacht. Das Interesse des Westens am „Werktag in der Zone“, über dessen Medien eine Öffentlichkeit in der DDR hätte erreicht werden können, ließ nach dem Juni 1953 auch nach.²⁹ Ein Streik aber, der lediglich dem Kreis der Beteiligten bekannt wurde, hatte quasi nicht stattgefunden.

Eine nur industriegesellschaftliche Betrachtung kann mit der Zäsur von 1953 wenig anfangen, da in dieser Zeit keine Entwicklungsschübe zu bemerken waren: Die traditionelle Industriearbeiterschaft blieb weiterhin die dominierende in der DDR, ein Generationenwechsel hatte auch noch nicht stattgefunden und relevante Veränderungen in der Art und Weise wie in den DDR-Betrieben gearbeitet wurde sind erst mehr als 10 Jahre später eingetreten. Lediglich das Risiko des Einsatzes von traditionellen Protestformen war der Arbeiterklasse in der DDR schlagartig vor Augen geführt worden und die Unmöglichkeit, sich kollektiv und öffentlich artikulieren zu können. Zum ersten Mal hatte eine Staatsmacht 1953 mit

26 Bericht betr. Arbeitsniederlegung in der MTS Koetzlin/Kyritz, vom 11.8.1958, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 130, Bl. 21. Dass es sich bei der Reaktion des Staates nicht um einen Einzelfall handelte, geht aus diversen Berichten hervor wie dem eines konspirativen Mitarbeiters, der folgende Äußerung eines Brigadiers wiedergab, woraufhin „operative Maßnahmen“ eingeleitet wurden: „Die Brigade 6 und 16 sind nicht gefahren, weil sie mit der Norm nicht hinkommen. Das ist aber erst der Anfang. Die [gemeint sind: Normensachbearbeiter] werden sich noch wundern, was in den nächsten Tagen losgeht ... Das Stehenbleiben der Brigaden 6 und 16 war nur eine Kostprobe. Spätestens am 1. September 1957 lassen wir die großen Fahrzeuge so lange stehen, bis richtig nach unseren Wünschen vermessen und verrechnet wird.“ Vgl. Information Nr. 108/57, in: BStU, MfS, ZAIG, Z 7, Bl. 21.

27 Vgl. Stefan Wolle, Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5/91, 25. Januar 1991.

28 Bis 1968 war in der DDR-Verfassung, Artikel 14, das Streikrecht verankert, das Arbeitsgesetzbuch sah eine solche Form der Auseinandersetzung allerdings nicht vor. Nach 1968 war der Passus aus der Verfassung gestrichen.

29 Vgl. Kleßmann, Konfliktlagen, S. 256. Eine genaue Analyse der veränderten Inhalte dieser Sendungen steht noch aus. Vgl. Petra Galle/Axel Schuster, Archiv- und Sammlungsgut des RIAS Berlin. Ein Findbuch zum Bestand im Deutschen Rundfunkarchiv, Potsdam 2000.

Unterstützung der Besatzungsmacht Sowjetunion massiv auf die Streiks und Demonstrationen in einem Ostblockland reagiert und so allen Beteiligten die Aussichtslosigkeit ihres Widerstandes deutlich gemacht; wenige Jahre später mussten die Ungarn eine vergleichbare Erfahrung machen, die von der DDR-Arbeiterschaft sehr genau registriert wurde. Diese politisch-repressiven Reaktionen und der folgende Ausbau eines dichten Kontroll- und Überwachungsnetzes auch in den Betrieben waren der entscheidende Anlass für ein verändertes Verhalten von Arbeitern in der DDR nach dem Juni-Aufstand 1953.

Die sechziger Jahre: Protest und Widerstand in einer geschlossenen Gesellschaft

Eine nächste Zäsur für die Entwicklung des Protest- und Konfliktverhaltens von DDR-Arbeitern, stellte der 13. August 1961 dar. Während die Grenzschießung für eine außerbetriebliche Opposition mit Recht als folgenreich eingeschätzt wird, ist sie bisher für die Arbeiterschaft und den Einfluss auf ihr politisches Konfliktverhalten in- und außerhalb des Betriebes wenig thematisiert worden.³⁰ Dabei hatte die geschlossene Grenze nach dem 13. August 1961 die Situation auf dem „Arbeitsmarkt“ schlagartig verändert.³¹ Der Mauerbau ließ über Nacht keine Möglichkeit der Flucht in den Westen mehr zu, die Wahl des Arbeitsplatzes beschränkte sich nun ausschließlich auf das Gebiet der DDR. Für den Staat wurde damit die scheinbar oder tatsächlich günstige Bedingung geschaffen, keine unkontrollierten grenzüberschreitenden Fluktuationsbewegungen mehr erwarten zu müssen. Das Problem eines durch Abwanderung erzeugten Arbeitskräftemangels schien fürs erste gelöst.³²

Die hektischen Aktivitäten des MfS und des FDGB im zeitlichen Umfeld des 13. August 1961 lassen den Schluss zu, dass mit erheblichem Widerstand in den Betrieben gegen die „Maßnahme“ gerechnet worden war. Und tatsächlich stieg die Zahl der Arbeitsniederlegungen und „Provokationen“ im August 1961 an, darunter auch bedrohliche Äußerungen gegen Gewerkschaftsfunktionäre.³³ Dennoch wuchs sich bekanntermaßen der betriebliche Unmut gegen die Grenzschießung 1961 nicht zum Volksaufstand aus. Einen erheblichen Anteil an dieser defensiven Haltung der DDR-Beschäftigten hatten zum einen die Erfahrungen des 17. Juni 1953, zum anderen die den „Provokationen“ rasch folgenden staatlichen Repressalien

30 Peter Hübner, *Das Jahr 1961 und die Kontinuität der Arbeitergeschichte in der DDR*, in: ders./Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, Essen 1999.

31 Dem „Arbeitsmarkt“ in der DDR fehlten zwar entscheidende Elemente eines Marktes in kapitalistischen Marktwirtschaften, für die begriffliche Fassung des ökonomischen Raumes, wo die Zirkulation von Arbeitskräften sich vollzog, ist er hier durchaus verwendbar.

32 Vgl. den Kommentar zur Diskussion in Sektion I, *Der Arbeitsmarkt*, Konferenz Ruhr-Uni-Bochum, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, Essen 1999, S. 145–150.

33 Tatsächlich nahmen die politisch motivierten Arbeitsniederlegungen zu, da es aber um 1960/61 zu erheblichen Engpässen in der Versorgung gekommen war, sind die sogenannten politischen von den wirtschaftlichen Motiven schwer zu trennen. Hinzu kommt, dass gerade in dieser Konstellation einiges dafür spricht, dass die Berichterstatter den politischen Gehalt überbetont haben.

zu Beginn der achtziger Jahre.³⁴ Die Errichtung der Mauer war von einer massiven Kampagne zur Abschreckung der Bevölkerung begleitet.³⁵ Die kurzen Bemerkungen in den vertraulichen Berichten des FDGB nach dem 13. August 1961, die hinter den „Tatbeschreibungen“ stehen, lassen auf ein hartes Durchgreifen von Polizei und MfS auch in den VEB schließen.³⁶ Proteste in den Betrieben, die einen Bezug zur Grenzschießung erkennen oder nur vermuten ließen, endeten nicht selten mit einer Festnahme.

Einen Teil der in grenznahen Gebieten, namentlich Berlins, Arbeitenden beschäftigte darüber hinaus noch ein ganz anderes Problem. Während Staat, Partei und FDGB nach dem 13. August erleichtert feststellten, dass wieder genügend Arbeitskräfte vorhanden seien, was sich positiv auf die Arbeitsdisziplin auswirken werde,³⁷ gab es vor allem im Bau- und Elektrogewerbe heftige Diskussionen darüber, dass die ehemaligen „Grenzgänger“ nunmehr Arbeitsplätze wegnehmen könnten. Einige Brigaden beschlossen, überhaupt keine „Grenzgänger“ aufzunehmen.³⁸ Insofern hatte die Schließung der Grenzen noch einen entsolidarisierenden Effekt: Schadenfreude sollte sich bei den „Zonenarbeitern“ breitmachen, die bisher mit einigem Neid auf die im Westen Arbeitenden und damit Westgeldbesitzenden geblickt hatten.³⁹ Zur Stärkung eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Grenzschießung konnte diese Situation sicher nicht beitragen. Hinzu kam, dass die anfängliche Politik der Repression von einer Agitationskampagne großen Stils begleitet wurde, in der der FDGB auf betrieblicher Ebene eine herausragende Rolle spielte und die seinen Charakter als Staatsgewerkschaft unmissverständlich hervorhob. Die Gewerkschaften beteiligten sich verstärkt an der Suche nach „dem Klassenfeind“ unter Beschäftigten; die geschlossene Grenze erlaubte es, eine härtere Gangart einzuschlagen.⁴⁰

Für eine Widerstands- und Oppositionsforschung stellt sich – wie in jeder Krisensituation – die Frage nach dem Verhalten der anderen Schichten und Gruppen in der Gesellschaft: Inwieweit haben Bauern, Studenten, Intelligenz oder Militärangehörige am 13. August 1961 in der DDR gegen die Grenzschießung protestiert? Die Ereignisse in der ČSSR 1968 oder in Polen 1980 zeigen, dass erst ein Zusammengehen verschiedener Bevölkerungsgruppen eine für die herrschende Staatsmacht gefährliche Situation ergab. Von derartigen Interaktionen ist – wenn nicht weitere Forschungen hier neue Erkenntnisse lieferten – in der DDR weder in den fünfziger noch in den sechziger Jahren auszugehen. Vielmehr war es – wie schon beschrieben – Polizei und Staatssicherheit seit dem Ende des Juni-Aufstandes gelun-

34 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Die DDR zu Beginn der sechziger Jahre: Der Weg ins sozialistische Ghetto, in: dies., Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 297–366. Inwieweit die Arbeiter das Ausmaß und die Dauer der Grenzschießung richtig einschätzten, scheint eine weitere Untersuchung wert.

35 Vgl. Falko Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekenntenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997, S. 225f.

36 Information der Abt. Organisation an den BV des FDGB; Information Nr. 38/1961, SAPMO-BArch, DY 34/20553,

37 Vgl. Information der Abt. Organisation an den BV des FDGB; Information Nr. 40/1961, SAPMO-BArch, DY 34/20553.

38 Information der Abt. Organisation an den BV des FDGB; Information Nr. 38/1961, SAPMO-BArch, DY 34/20553.

39 Vgl. Peter Hübner, Von unten gesehen. Krisenwahrnehmung durch Arbeiter, in: Jochen Černý (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 254–265.

40 Hübner, Das Jahr 1961.

gen, widerständige Aktionen, namentlich die in den Betrieben, nicht mehr bekannt werden zu lassen bzw. im Vorfeld abzuwenden. Selbst eine im Betrieb stattfindende Arbeitsniederlegung in einer Brigade oder innerhalb einer Abteilung kursierte meist nur als Gerücht unter den Beschäftigten, was ein Übergreifen auf andere Bevölkerungsgruppen oder eine Solidarisierung ganz unmöglich machte. Von wenigen Ausnahmen in den sechziger Jahren – namentlich 1961 und 1968⁴¹ – abgesehen, verlor sich seit Ende der fünfziger Jahre der dezidiert politische Inhalt eines Protestes von Arbeitern, welcher sich unmittelbar gegen die Maßnahmen von Partei- und Staat richtete. Die Forderungen gingen in der Regel nicht mehr über betriebliche Belange hinaus und die Anzahl der an einer Protestaktion Beteiligten schrumpfte merklich. In den fünfziger Jahren hatten die Arbeitsniederlegungen noch Abteilungsstärke, in den sechziger Jahren dominierten Brigaden das Streikgeschehen, in den 70ern verliefen die Streikgeschehen meist mit einer Beteiligung von bis zu 15 Personen, in den 80er waren es ausschließlich Kleinstgruppen von 1–3 Beschäftigten. Dies verdient kaum mehr die Bezeichnung „Streik“.⁴²

Doch selbst solche Aktionen waren Regelverletzungen in einem politischen System, das seine Herrschaft auf widerspruchsfreie Zustimmung aufbauen wollte. Jede Abweichung vom erlaubten Verhalten barg für die Beteiligten in- und außerhalb des Betriebes die Gefahr, als politischer Gegner angesehen zu werden. Die „Rädelsführer“, nicht nur einer gegen die Politik des Staates gerichteten Aktion, hatten immer mit Disziplinierungsmaßnahmen oder Repressalien zu rechnen, deren Charakter und Ausmaß oft nicht vorhersehbar waren. Das MfS reagierte unberechenbar, was Gerüchten und Fehleinschätzungen unter der DDR-Bevölkerung Vorschub leistete. Ein Interesse anderer gesellschaftlicher Gruppen an den kleinen betriebsinternen Aktionen der Arbeiter kam nicht auf, die gegen die Verschlechterung der eigenen Lage gerichteten Forderungen hätten eine solidarische Inbezugsetzung sicher auch erschwert.⁴³

Die eingesehenen Streikprotokolle und vom MfS notierten Unmutsäußerungen von Arbeitern lassen zudem den Schluss zu, dass die Forderungen der DDR-Arbeiter stets einen defensiven Charakter trugen und dem Ziel dienten, die Lage nicht verschlechtern zu lassen bzw. den alten Stand wieder zu erlangen. Diesen Charakter hatten viele Proteste bereits in den fünfziger Jahren angenommen, er sollte die nächsten Jahrzehnte sämtliche Forderungskataloge prägen.⁴⁴ Die meisten Kritiken trafen unmittelbar die Betriebsleitungen, welche Jahresendprämien ungerecht ausgezahlt, die Waschanlage nicht repariert oder den Berufsverkehr mangelhaft organisiert hatten. Auf solche Zumutungen reagierten Beschäftigte und protestierten in einer Art und Weise, die bis zum Ende der DDR ein wiederkehrendes Muster aufwies: Ihre Forderungen richteten sich gegen erwartete oder bereits eingetretene Ver-

41 Vgl. zum Jahr 1968 in der DDR: Bernd Gehrke, 1968 – Das unauffällige Schlüsseljahr der DDR, in: Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen“ Mai in Europa, Hamburg 2007, S. 103–108.

42 Vgl. Hürtgen, Zwischen Disziplinierung, S. 260f.

43 Dieses, hier nur angedeutete, Verhältnis der verschiedenen Gruppen der DDR-Bevölkerung, nicht zuletzt das zwischen Arbeitern und Angestellten sowie Intelligenz ist ein entscheidender Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen. Seine Aufarbeitung steht noch aus.

44 Stadtland, Konfliktlagen, S. 376f.

schlechterungen, klagten aber kaum Veränderungen ein, welche über ein einmal erreichtes Niveau hinausführten.⁴⁵

Ausgerechnet für diese Zeit nach der Grenzschließung und der ihr folgenden Welle verstärkter staatlicher Repressionen, verbreitet sich in der Literatur über die DDR-Arbeiter und ihr Verhältnis zu Partei und Staat ein neuer Begriff, das „Stillhalteabkommen“, welches aus einer ökonomisch deutlich besser gestellten Situation der Arbeiter infolge ihrer gewachsenen Stärke hergeleitet wird. Einige Autoren gehen noch einen Schritt weiter und meinen, eine starke Arbeitermacht erkennen zu können, welche sich in einem autonomen Gegenmilieu mit großer informeller Verhandlungsmacht zeigte, dem die betrieblichen und staatlichen Leitungen in der DDR nicht Herr wurden.⁴⁶ Richtig ist, dass sich sowohl zwischen 1956 und 1959 und nach einem krisenhaften Einbruch Anfang der sechziger Jahre die Lage der Beschäftigten in der DDR deutlich verbessert hatte. Der Rückgang von Streiks und anderen kollektiven betrieblichen Protesten ist jedoch nicht allein und nicht einmal vorrangig aus einem gestiegenen Konsum zu erklären. Betrachtet man den Gesamtverlauf von Streiks und anderen Protesten von Arbeitern in der DDR, fällt ein stetiger Rückgang sowohl der Anzahl und der Dauer von Aktionen als auch der daran Beteiligten auf. Ein direkter Zusammenhang zur Bedürfnisbefriedigung hätte sich in einer schwankenden „Zufriedenheitskurve“ mit den entsprechenden „Ausschlägen“ verstärkter Proteste bemerkbar machen müssen. Die letzten größeren Streikaktionen fanden jedoch 1963 statt, danach verringerte sich tendenziell ihre jährliche Anzahl von 57 (1964) auf 26 (1975) und zwei im Jahr 1988, obwohl bereits seit Mitte der siebziger Jahre krisenhafte Mangelerscheinungen zunahmen und die Unzufriedenheit mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen anstieg.

45 Die sechziger Jahre waren darüber hinaus von einer Reihe wirtschaftspolitischer Veränderungen, einschließlich des Experimentes einer Wirtschaftsreform (NÖS) geprägt, die in den Belegschaften Verunsicherungen hervorriefen. Traditionelle Lohnzuschläge wurden gestrichen, Kombinatbildungen führten zu betrieblichen Umstrukturierungen und Arbeitsplatzveränderungen, Überstunden nahmen extreme Ausmaße an, die 3-Schichtarbeit wurde ausgedehnt und der Krankenstand nahm zu. Vgl. Renate Hürtgen, *Die sechziger Jahre: Versuchte Modernisierung der Wirtschaft ohne Mitbestimmungsstrukturen*, in: dies., *Zwischen Disziplinierung und Partizipation*, S. 72–98.

46 Peter Alheit/Hanna Hack, *Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft*, Berlin 2004, S. 430.

Offiziell registrierte Arbeitsniederlegungen⁴⁷

1960	166
1961 (I. bis III. Quartal)	98
1962	117
1963	138
1964	57
1965	25
1966	41
1967	18
1968	15
1969	28
1970 (bis 10.12.)	26
Oktober 1970-April 1971	63 ⁴⁸
1971	48
1972	39
1973–1974	ca. 40/30
1975	26
1976	ca. 25
1977	ca. 25
1978	15
1979	8
1980	6
1981	14
1982	6
1983	1
1984	–
1985	5
1986	2
1987	2
1988	2

Immerhin aber hat es in den sechziger Jahren noch eine Reihe von Streiks in den Betrieben gegeben sowie in geschlossenen betrieblichen Veranstaltungen etwa im Rahmen einer Be-

-
- 47 Zusammengestellt nach: Zahlenmäßige Übersicht der gemeldeten Arbeitskonflikte und besonderen Vorkommnisse in den Jahren 1962–1969 nach Bezirken, Anlage 1, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Bestand FDGB DY 34/25414; Information Nr. 48/1961, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Org., Analyse der klassenfeindlichen Tätigkeiten im III. Quartal 1961, insbesondere nach dem 13. August, in: SAPMO-BArch, DY 34/20553. Übersicht über besondere Vorkommnisse 1982–1985, Anlage 1: Übersicht über besondere Vorkommnisse seit 1985, in: SAPMO-BArch, DY 34/25414; Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB Bundesvorstand, Beschluss des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89, zit. nach Hertle, Funktion und Bedeutung, S. 408. – Ein Vergleich mit einer Statistik des MfS für die Jahre 1980 bis 1988 zeigt nur geringe Abweichungen; für 1984 finden sich auch hier keine Angaben. Vgl. Arbeitskonflikte 1980 bis 1988, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 17208, Bl. 3–10, Bl. 19–66
- 48 1971 wurden Arbeitskonflikte und Streiks nicht getrennt registriert und gemeinsam unter „Arbeitsniederlegungen“ gefasst. Eine neue Ordnung zur Erfassung von Arbeitskonflikten 1971 ist wahrscheinlich die Ursache für einen statistischen Aufschwung von „Arbeitsniederlegungen“. Vgl. die Argumentation dagegen: Olaf Klenke, Betriebliche Konflikte in der DDR 1970/71 und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mai 2004, S. 18–27.

triebsversammlung politische Äußerungen von Arbeitern, die sich dezidiert gegen eine „Maßnahme“ des Staates richteten. Tatsächlich verweigerten 1968 Arbeiter in einem solchen Rahmen ihre Zustimmung zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen in die ČSSR und erklärten ihre „Solidarität mit Prag“.⁴⁹ Und wohl zum letzten Mal in der DDR-Geschichte musste das MfS einige öffentliche Proteste bis hin zu einer Streikandrohung in den Betrieben registrieren, die sich gegen die Politik von Partei und Staat richteten. Die Reaktion der Staatsmacht bestand zum einen in der Verhaftung der „Rädelsführer“, zum anderen einem kampagneartigen Unterwerfungsprozedere der Betriebsbelegschaften in Form von massenhaft erzwungenen persönlichen Zustimmungserklärungen zum militärischen Einmarsch in die ČSSR.⁵⁰

Selbst wenn diese Widerstände 1968 im Betrieb in der Öffentlichkeit nicht mehr wahrgenommen werden konnten, die Situation unterschied sich dennoch signifikant von jener, die über zehn Jahre später die politische Atmosphäre im Betrieb prägen sollte. Dies lässt sich beispielhaft an einem Aktenbefund in der BStU verfolgen. So stellte das MfS in den Jahren 1980 bis 1982 für das gesamte Gebiet der DDR 277 „politisch-operative Vorkommnisse“ im Zusammenhang mit der Lage in Polen fest. Es sind Solidaritätserklärungen mit der polnischen *Solidarność*, „Forderungen/Drohungen nach gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR“ oder Drohungen gegenüber Funktionären von Partei und Gewerkschaft.⁵¹ Für den Vergleich mit der Situation 1968 ist hervorhebenswert, dass sich unter den im Betrieb registrierten 89 „Vorkommnissen“ lediglich zwei befanden, die nicht anonym, also öffentlicher Art waren: Ein Ingenieur und ein Redakteur fordern jeweils ihre Kollegen auf, sich an einer Unterschriftensammlung für die *Solidarność*-Bewegung zu beteiligen. Die meisten „Vorkommnisse“ fanden jedoch gar nicht auf dem Betriebsgelände, sondern auf der Straße bzw. im Territorium statt, mehrheitlich auch hier anonym. Unter den Beteiligten befand sich ein hoher Anteil von Arbeitern, die ihre politische Haltung aber – anders als noch 1961 und 1968 – anonym und bevorzugt außerhalb des Betriebes artikulierten.⁵² Die Verlagerung widerständiger Verhaltensweisen vom Betrieb auf Orte außerhalb des Betriebes deutet darauf hin, dass sich nicht die Unzufriedenheit der DDR-Arbeiter mit der Partei- und Staatsführung im Laufe der Jahre verringerte, sondern der Ort und die Art und Weise, diese zu artikulieren, sich verändert hatten.

49 Vgl. Michael Hofmann, „Solidarität mit Prag.“ Arbeiterproteste 1968 in der DDR, in: Gehrke/Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter, S. 92–102.

50 Vgl. Bernd Gehrke, 1968 – das unscheinbare Schlüsseljahr der DDR, in: Gehrke, Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter, S. 103–128. Darin die betrieblichen Proteste im August 1968 in der DDR und die Reaktionen der Staatsmacht darauf.

51 Anlage 1, Übersicht zum Inhalt politisch-operativ bedeutsamer Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Lage in Polen, Zentraler Operativstab, 6.4.1982, BStU MfS ZOS 2625. Vgl. auch: Hürtgen, Zwischen Disziplinierung, S. 271–279.

52 Von 95 namentlich bekannten Personen waren 69 Arbeiter.

Die nicht enden wollenden zwei Jahrzehnte der DDR – kein Arbeiterwiderstand im Betrieb?

Mit den siebziger und achtziger Jahren verbindet sich eine Zeit relativer Ruhe in den Betrieben. Tatsächlich hatte die Honeckersche „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einigen Beschäftigtengruppen Vorteile gebracht. Die Unsicherheiten der Reformzeiten in den sechziger Jahren, welche den Betriebsleitern eine Reihe von Eigenständigkeiten erlaubten, die sich nicht selten gegen die Arbeiter richteten, waren vorbei. Inzwischen dominierte unter den abhängig Beschäftigten in der DDR eine neue Generation, darunter viele Frauen, die auf keine eigene tradierte Erfahrung mit betrieblichem Widerstand mehr zurückgreifen konnte. Die Arbeiterschaft differenzierte sich sowohl generativ, aber auch lohn- und branchenpolitisch aus. Zwar bestimmte die klassische Industriearbeiterschaft weiterhin das Bild, aber jene mit der sogenannten 3. industriellen Revolution verbundenen Umstrukturierungen fanden auch in der DDR ihren sozialen Niederschlag. Die relative Gleichheit in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Nachkriegszeit war einer von der Bevölkerung häufig als „ungerecht“ empfundenen Differenzierung gewichen.⁵³ Dies waren Bedingungen, welche ein Zusammengehen im Arbeiterwiderstand gegen staatliche Zumutungen nicht gerade erleichterten.

Die gefestigte Monopolstellung des Staates in der Honecker-Ära hatte einerseits für Teile der Arbeiterschaft ihre verteilungspolitisch angenehmen Seiten wie höhere Konsumangebote, mehr Urlaubstage und verkürzte Arbeitszeiten. Zugleich waren die siebziger und achtziger Jahre andererseits von einer zunehmenden Militarisierung und Überwachung der Gesellschaft geprägt, welche in ihren Ausmaßen einen vorderen Platz innerhalb der Länder des Ostblocks einnahmen.⁵⁴ Während die Oppositionsforschung in diesem Zusammenhang mit Nachdruck auf die zunehmende Indoktrination an den Schulen der DDR, etwa die Einführung des Wehrkundeunterrichts, verweist, fand ein zeitgleicher Ausbau des betrieblichen Kontroll- und Sicherheitsapparates bisher kaum Beachtung. Mit ihm verbinden sich allerdings auch wenig spektakuläre Momente, er sollte jedoch prägend für den betrieblichen Alltag werden und die Atmosphäre in der Belegschaft, namentlich zwischen Arbeitern und leitenden Angestellten, maßgeblich bestimmen.

Für die hier dargestellte Entwicklung des Konflikt- und Protestverhaltens von Arbeitern spielte dieses „staatliche Sicherheitsregime“ insofern eine besondere Rolle, als sich mit ihm aufs Engste das Regelwerk für konfliktorisches Verhalten im Betrieb verband. Das galt allerdings nicht nur, und nicht einmal vorrangig, für die Arbeiter in der Produktion. So war das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter besonders dicht in den Leitungsetagen der Betriebe gesponnen, wo sich die Reise- und anderen Kader nicht selten gegenseitig bespitzelten. Offensichtlich reichte die Disziplinierung und Kontrolle über eine Parteimitgliedschaft nicht aus, obwohl in den siebziger/achtziger Jahren der größte Teil der betrieblichen Leitungsfunktionäre SED-Mitglieder waren. Es galt, die Abweichler in den eigenen Reihen geheim-

53 Vgl. Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse. Ergebnisse einer repräsentativen soziologischen Untersuchung in der zentralgeleiteten sozialistischen Industrie der DDR, Teil I und II, Autorenkollektiv, Parteiinternes Material, Berlin 1974.

54 Vgl. Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001.

polizeilich ausfindig zu machen. Die Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS (IM) war dagegen in den Produktionsbereichen und unter Beschäftigten ohne eine Leitungsfunktion gering.⁵⁵ In den Akten des MfS wird beschrieben, dass sich diese im Gegensatz zu den Leitern nur ausnahmsweise zur konspirativen Zusammenarbeit bereit erklärten, was dazu führte, dass selbst der geringere Bedarf des MfS von Zuträgern in diesem betrieblichen Bereich nicht immer abgedeckt werden konnte. Tatsächlich mussten im Falle eines „politisch-operativen Vorkommnisses“ in der Produktion, im Labor oder im Büro rasch IM aus anderen Bereichen um den „Gefahrenherd“ geschleust werden. Dieses Defizit wurde dem MfS angesichts zunehmender Zahlen von „Antragstellern auf Ausreise aus der DDR“ in den siebziger und achtziger Jahren, welche bevorzugt aus den nichtleitenden Bereichen der Betriebe kamen, schmerzlich bewusst.

Das MfS verfügte jedoch zusätzlich zu seinem IM-Bestand seit den siebziger Jahren über ein betriebliches Informations- und Kontrollsystem, das deutlich effektiver diese unteren Betriebsbereiche kontrollieren konnte als der magere IM-Bestand es zugelassen hätte. Ende der sechziger Jahre begann die Staatssicherheit mit dem Sicherheitsbeauftragten (SB) einen Funktionärstyp zu schaffen, der offiziell dem Betriebsleiter unterstellt und inoffiziell Mitarbeiter des MfS war. Seine Berichterstattungen teilten sich in solche über „Sachvorgänge“ und solche über „Personen“, darunter bei Bedarf auch aus dem produzierenden Bereich. Eine Reihe von ehrenamtlichen Mitarbeitern für Sicherheit half dem Sicherheitsbeauftragten bei der Arbeit. Der Sicherheitsbeauftragte war darüber hinaus für das MfS ein wichtiger Informant über Vorgänge in der Betriebsleitung, zu deren Mitgliedern er gehörte. Ebenfalls in den siebziger Jahren baute das MfS sein System der Zusammenarbeit mit staatlichen Leitern und Funktionären aller im Betrieb ansässigen Organisationen aus – genannt „POZW“⁵⁶ – organisierte regelmäßige Informationstreffen und nutzte diese Zusammenkünfte für die Erledigung seiner Operativen Personenkontrollen (OPK) oder Operativen Vorgänge (OV). Das sprichwörtliche Misstrauen, das die Beschäftigten in der DDR mehrheitlich gegen ihre Leiter – vom Meister bis zum Direktor – hegten, war also durchaus nicht unbegründet: In dieser Beschäftigtengruppe gab es nicht nur die meisten SED-Mitglieder und Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, hier wurden auch ohne Parteidisziplin oder Verpflichtungserklärung dem MfS bei Nachfrage Informationen weitergeben oder andere Zuarbeiten geleistet, wovon die zahlreichen Treffen im Rahmen der „Politisch Operativen Zusammenarbeit“ Zeugnis ablegen.

Aber welche „feindlichen Handlungen“ oder widerständigen Verhaltensweisen hatte die Staatssicherheit bei den Arbeitern überhaupt aufzudecken? Sich kollektiv einer Anforderung zu widersetzen oder sein Interesse vorzutragen, war längst zu einer außerordentlichen Aktion und außergewöhnlichen Art der Konfliktaustragung in der DDR-Arbeiterschaft gewor-

55 Vgl. Gerhard Barkleit/Anette Dunsch, Anfälliger Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, Berichte und Studien Nr. 15, hg. v. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., Dresden 1998, S. 16, 18.

56 „POZW“: Politisch Operatives Zusammenwirken. Für diese Gespräche und offiziellen Treffen mit leitenden Betriebsangehörigen wurden eigens Mitarbeiter des MfS ausgebildet und ständig geschult, um das Interesse der Staatssicherheit nach freiwilliger Mitarbeit dieser Personen effektiv befriedigen zu können. Vgl. Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen zur Lösung der Aufgabe des MfS und zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, VVV MfS 016-Nr.900/77, Matthias-Domaschk-Archiv, Berlin

den. Dies galt selbst für solche Forderungen, die innerhalb des betrieblichen Konfliktrahmens verblieben, auch sie wurden inzwischen eher individuell erhoben. Das persönliche Gespräch mit dem vorgesetzten Leiter, mündlich oder schriftlich vorgetragene Beschwerden oder Eingaben an die zuständigen Gewerkschaftsleitungen oder betrieblichen und staatlichen Stellen wurden zu bevorzugten Strategien für Arbeiter und Angestellte, eine Forderung durchzusetzen oder einen Konflikt im eigenen Interesse zu lösen.⁵⁷ Es versprach zudem die besseren Erfolgsaussichten und war mit geringerem oder gar keinem Risiko einer Strafverfolgung verbunden.

Der im Laufe der Jahre entstandene Regelkanon, war jedoch äußerst differenziert und nicht immer einfach zu durchschauen. Hinzu kam – dies erfuhren nicht nur die oppositionellen Akteure, die ihre Erfahrungen mit dem MfS außerhalb der Betriebe machten – dass die Reaktionen der Staatssicherheit bzw. der staatlichen Leiter oft unberechenbar waren und der gleiche Sachverhalt verschieden behandelt wurde. Dennoch: was im betrieblichen Kontext erlaubt und was verboten war, was repressive Reaktionen hervorrief und was nicht, ließ sich u. U. an der Aufmerksamkeit ablesen, welche die Staatssicherheit und andere „Organe“ dem Vorfall widmeten, aber auch an der Verhaltensweise bzw. Argumentation, mit der die Regelübertretung bedacht wurde. Eine Gruppenaktion zu organisieren und mit dem Anliegen an die Öffentlichkeit, einschließlich einer Betriebsöffentlichkeit, zu gehen, gehörten zu den streng untersagten Verhaltensweisen, was sich auch in den entsprechenden Registrierungen widerspiegelt. Die Aktenbefunde aus solchen OV oder OPK weisen sämtlich die Gemeinsamkeit auf, dass die den Beschäftigten unterstellte „Gegnerschaft“ nicht individuell, sondern in kollektiver und öffentlicher Form erfolgt war. Bereits die Planung einer Gruppenbildung konnte zur geheimpolizeilichen Überwachung führen. Es gab über Jahrzehnte angelegte OPK über Arbeiter, die ihr FDGB-Buch in aller Öffentlichkeit aus Protest zurückgegeben hatten, ähnlich kontrollierte das MfS den kollektiven Austritt von Parteimitgliedern und selbst „negativ-feindliche Äußerungen“, die gegen Persönlichkeiten des Staates oder dessen Vertreter im Betrieb gerichtet waren, wurden, wenn sie auf einen Gruppenzusammenhang deuteten, derart verfolgt.⁵⁸ Die Suche nach den Rädelsführern, deren „Dingfestmachung“ der Staatssicherheit wohl ein Garant dafür war, dass sich der Vorgang nicht wiederholen würde, stand im Mittelpunkt jeder Untersuchung. Streiks und Kollektiveingaben wurden unabhängig von ihrem Inhalt, so weit ich sehe, prinzipiell registriert und auf ihre politische Gegnerschaft hin untersucht. Wurden sie aus politischen Gründen geführt bzw. geschrieben – nahm ihre Kritik einen prinzipiellen Charakter an, was höchst selten und dann eher anonym geschah – war die operative Verfolgung der Rädelsführer ohnehin gesetzt.⁵⁹ In

57 Vgl. Hürtgen, Konfliktlösungsstrategien ohne Öffentlichkeit: Individualisierung respektive Privatisierung der Interessendurchsetzung in den siebziger und achtziger Jahren, in: dies., *Zwischen Disziplinierung*, S. 247–298.

58 Vgl. Personenkontrollakte „Initiator“, V/417/81, BStU MfS BV Frankfurt (O), OPK „Austritt“, Beginn: 28.2.83, beendet: 10.9.1984, BStU MfS/BV Frankfurt (O) OPK Reg.-Nr. V/347/83, OPK „Störer“, Reg. Nr. 186/82, BStU MfS/BV Frankfurt (O).

59 Gegen die Annahme einer lückenlosen Registrierung spricht die Tatsache, dass die Weitergabe von Informationen „nach oben“ einer Vielzahl von Selektionsvorgängen ausgesetzt war. Für diese Annahme spricht jedoch, dass die Informationen über „Vorgänge“ die Tätigkeit des MfS legitimierten und dass deren kollektive Nichtweitergabe ein hohes Maß an Vertraulichkeit zwischen SED-Genossen,

für die Regierung der DDR politisch brisanten Situationen, etwa angesichts der polnischen Ereignisse Anfang der achtziger Jahre, wurden sämtliche Aktivitäten in den Betrieben bzw. Äußerungen von Beschäftigten, die der Solidarność öffentlich Sympathie bekundeten, nicht nur vom MfS registriert, sondern strafrechtlich verfolgt.⁶⁰ Das galt eingeschränkt auch für Zeiten von Parteitag, Gewerkschaftskongressen oder Wahlen. In derartigen politischen Situationen war es offensichtlich unerheblich, ob es sich um einen betrunkenen Bauarbeiter gehandelt hat, der seine Sympathie gegenüber den polnischen Arbeitern 1980 öffentlich zum Ausdruck brachte oder um die nüchterne Leiterin eines Kulturhauses. Gegen beide wurde wegen „mündlicher Hetze im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR Polen“ ein Ermittlungsverfahren gemäß § 220 StGB (Öffentliche Herabwürdigung) mit Haft eingeleitet.⁶¹

Weniger hart bedacht wurde, wer sich mit ein, zwei Kollegen spontan zusammentat und eine Arbeitsniederlegung zwecks Durchsetzung eines genießbaren Schichtessens, einer besser gelüfteten Werkhalle oder gereinigter Sanitäreinrichtungen androhte oder durchführte. Beschwerden dieser Art wurden – ohne ihren Charakter als unerlaubte Aktion aufzuheben – zumeist als „berechtigt“ oder „gerechtfertigt“ eingestuft.⁶² Auch „demonstrative Handlungen“, die sich allein gegen bestimmte Vorgänge oder Personen im Betrieb richteten und nicht den zuständigen Minister zur Zielscheibe der Kritik machten, wurden eher auf „kleiner Flamme gekocht“. Forderungen, die höhere Löhne für ganze Belegschafts- und Berufsgruppen thematisierten oder gar das schlechte Warenangebot in der Stadt, wurden dagegen meist als „unberechtigt“, u.U. auch als „provokatorisch“ abgelehnt bzw. konnten von der Betriebsleitung einfach nicht erfüllt werden. Ein typisches Beispiel, hier in Form einer kollektiven Eingabe, sind die „unberechtigten Lohnforderungen von Werktätigen des VEB Volkswerft Stralsund/Rostock“, die 20 Arbeiter im Mai 1981 an den Direktor stellten. Eine Umsetzung in eine andere Abteilung im Rahmen der „sozialistischen Hilfe“ hatte zu einem Lohnausfall geführt. Da alles im gesetzlichen Rahmen verlief, wurde der Eingabe der Arbeiter nicht stattgegeben. Und diese selbst „betrachteten nach einer Aussprache ihre Eingabe als beantwortet“, zogen sich also offenkundig unverrichteter Dinge wieder zurück.⁶³ Diese Konfliktszenarien endeten in der Regel mit offiziellen Aussprachen im Betrieb und mit „Einsichtserklärungen“ der beteiligten Arbeiter sowie mit besonderer „Aufmerksamkeit“ gegenüber den Anführern der Aktion und der Registrierung durch das MfS.⁶⁴ Dieses Beispiel macht zudem noch auf einen Umstand aufmerksam, der einen erheblichen Anteil am Konfliktverhalten von Belegschaften im DDR-Betrieb hatte. Von 23 in den achtziger Jahren registrierten Arbeitsniederlegungen, die vor allem wegen ungenügender Verpflegung und Heizung, meist in

staatlichen Leitern, Funktionären und Staatssicherheit im Betrieb vorausgesetzt hätte. Dagegen sprechen die Akten und das wirkliche Betriebsleben.

60 Vgl. Übersicht zum Inhalt politisch-operativ bedeutsamer Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Lage in Polen, Zentraler Operativstab, 6.4.1982, BStU MfS ZOS 2625.

61 Vgl. Alle Vorkommnisse nach Bezirken geordnet, August 1980 und März 1982, Hauptstadt der DDR, Berlin, BStU MfS Archiv der Zentralstelle, D, BStU MfS ZOS 2625, Bl. 338.

62 Information zu ungerechtfertigten Lohnforderungen in der LPG (P) Schlagsdorf, Kreis Gadebusch, Bezirk Schwerin, vom 10.9.1988, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 17246, Bl. 5.

63 Vgl. Information, streng vertraulich, vom 3.6.1981, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 17219, Bl. 1–2.

64 Aber auch Streiks solchen Charakters wurden vom MfS registriert und von Erich Mielke an das Politbüro weitergeleitet. Vgl. ZAIG-Berichte zu Arbeitsniederlegungen.

der Nachtschicht sowie unzureichender Bereitstellung von Arbeitsschutzbekleidung und sanitären Einrichtungen und in einigen Fällen wegen Löhnen und Prämienauszahlungen stattgefunden hatten, waren nur zehn Aktionen erfolgreich für die Beteiligten. Aber selbst den als „berechtigt“ eingestuft und im Sinne der Arbeiter abgeschlossenen Arbeitsniederlegungen folgten „Aussprachen“ und andere Disziplinierungsveranstaltungen, die Ausfallzeiten mussten nachgearbeitet werden. Aufwand respektive Risiko und Nutzen respektive Erfolg standen in keinem günstigen Verhältnis für streikende DDR-Arbeiter.⁶⁵

Bei aller Erfahrung im Umgang der Funktionäre mit den Arbeitern in konfliktorischen Situationen blieb den Regelverletzern jedoch stets die schon erwähnte Unsicherheit einer willkürlich reagierenden Staatsmacht, welche ihre Repressionsmittel ungeachtet solcher Differenzierungen einsetzte. Der Brigadier Joachim Frenzel hatte Zeit seines Berufslebens die betrieblichen und politischen Zustände offen in seinem Arbeitskollektiv kritisiert, woran ihn auch die wiederholten Einschüchterungsversuche des MfS nicht hindern konnten. Mit seiner Verhaftung durch die Staatssicherheit hatten er und seine Kollegen wahrscheinlich dennoch nicht gerechnet. Im November 1973 – nicht in den fünfziger Jahren, wie man annehmen könnte – wurde Frenzel jedoch auf Grund solcher Äußerungen wie „die DDR sei ein unfreies Land“ oder die Journalisten der DDR seien „Russenknechte“ wegen staatsfeindlicher Hetze zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt.⁶⁶ Wir werden nicht viele Beispiele einer Verhaftung aus derartigen Gründen namentlich in den siebziger und achtziger Jahren finden; doch es gab solche Zugriffe des Staates bis 1989, auch unter Arbeitern. Sie trugen maßgeblich dazu bei, dass trotz veränderter „Sicherheitsdoktrin“ des MfS die Meinung verbreitet blieb, die Staatssicherheit verhafte politisch Unliebsame selbst einer kritischen Äußerung wegen.

Was hatten jenseits einer Verhaftung diejenigen eigentlich zu befürchten, die eine Regelübertretung – bewusst oder in Unkenntnis – begingen? Sieht man einmal davon ab, dass die offensichtlich sehr willkürlich gehandhabten „Maßnahmen“ nur einen Teil der „Vorkommnisse“ trafen, erstaunt dennoch die Härte der staatlichen Reaktionen, die bis in die achtziger Jahre hinein zu verfolgen ist. Die erwähnten Solidaritätsbekundungen für die polnische *Solidarność* oder das Anmalen einer Streiklosung an die Häuserwand, zogen, so man den Täter ausfindig machen konnte, ausnahmslos eine Inhaftierung nach sich. Ausnahmsweise konnte solches auch einem Arbeiter geschehen, der sich in seiner Brigade wiederholt negativ über Partei und Regierung äußerte. In der Regel aber wurden renitent auftretende Arbeiter, Nichtwähler oder kollektive Eingabenschreiber – zu Letzteren gehörten allerdings weniger Arbeiter als Angestellte – unter Beobachtung gestellt. In den meisten von mir eingesehenen „Vorgängen“ folgten arbeitsrechtliche Eingriffe in das Leben der Observierten wie ein angeordneter Arbeitsplatzwechsel oder Sanktionen wie ein Westreiseverbot. In solchen Fällen trat das MfS nie direkt in Erscheinung, die Disziplinarmaßnahme wurde offiziell von

65 Vgl. Arbeitskonflikte 1980 bis 1987, BStU MfS ZAIG 17208, Bl. 3–10; Bl. 19–66. Arbeitsniederlegungen 1987–1988, BStU MfS ZOS 2524; Informationen zu Arbeitsniederlegungen 1986–1989, BStU MfS ZAIG 17260; Informationen über Arbeitsniederlegungen 1981, BStU MfS ZAIG 17220; Informationen über Arbeitsniederlegungen 1987–1989, BStU MfS ZAIG 15901.

66 Dies sind Zitate aus der Anklageschrift, welche ausführlich behandelt wird in: Leonore Ansong, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR: Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Berlin 2005, S. 229–235.

der Kaderleitung, dem betrieblichen Leiter oder dem Volkspolizeikreisamt getroffen.⁶⁷ Für die Beschäftigten in einem DDR-Betrieb der siebziger und achtziger Jahre war ohnehin nicht die Präsenz der Staatssicherheit, von der viele gar nicht wussten, wo und in welcher Gestalt sie im Betrieb agierte, das disziplinierende Moment. Vielmehr hatte eine Allianz aus staatlicher Leitung, MfS, Partei und Gewerkschaft zu einem festen Machtgefüge „derer da oben“ geführt, welches auch personell zu einer Einheit verschmolzen war und gemeinsam für den reibungslosen Ablauf des Betriebsgeschehens und die Disziplinierung aller Abweichler sorgte.

Die Arbeiter der DDR haben sich mehrheitlich an dieses ungeschriebene und letztlich auch unerklärte Regelwerk in den siebziger und achtziger Jahren gehalten. Selbst ein lautes Mosem und Meckern im Rahmen entsprechender Betriebsversammlungen scheint immer seltener praktiziert worden zu sein. „Es hätte ja sowieso nichts gebracht“, lautet die lakonische Antwort auf eine entsprechende Interviewfrage.⁶⁸ Und tatsächlich wuchs die Ohnmacht der Betriebsleitungen bezüglich notwendiger wirtschaftlicher Veränderungen in den achtziger Jahren derart an, dass selbst der FDGB wiederholt und erfolglos die Betriebsleiter anmahnte, BKV und andere Beschlüsse einzuhalten. Ein lautes Einklagen entsprechender Festlegungen auf Belegschaftsversammlungen – die ohnehin nur als Vertreterversammlungen durchgeführt wurden – erschien mit zunehmendem Verfall der Wirtschaft immer sinnloser. Selbst die Aussichten, mittels einer „Arbeitsniederlegung“ sein Begehren durchzusetzen, verringerten sich in den siebziger und achtziger Jahren, was möglicherweise auch dazu geführt hat, dass zwischen einem verbleibenden Risiko und dem unsicheren Erfolg abgewogen wurde, der für die erwähnte individuelle Praxis größer zu sein schien.⁶⁹ Nicht zuletzt muss die Atmosphäre in der Belegschaft eines DDR-Betriebes dieser Zeit als dezidiert konfliktscheu beschrieben werden. Namentlich die vielen Frauen in der Produktion und Verwaltung der Betriebe trugen zu einem moralischen Klima bei, in dem der „Quertreiber“ und „ewige Nörgler“ nicht geschätzt wurde.⁷⁰ Wie viel weniger waren diejenigen geachtet, die ihr Interesse öffentlich und kollektiv gegen eine Leiterentscheidung oder einen betrieblichen Missstand durchsetzen wollten und denen kein widerständiges Belegschaftsmilieu den Rücken dabei stärkte?

67 Die am meisten verübte Regelübertretung durch Arbeiter war in den siebziger und achtziger Jahren die „Antragstellung auf Ausreise aus der DDR“, welche im engeren Sinne kein betrieblicher Widerstand war, obwohl die „Maßnahmen“ gegen die Antragsteller über den Betrieb eingeleitet wurden. Während derartiges Verhalten sicher nicht Gegenstand einer Oppositionsforschung im engeren Sinn sein kann, gehört seine Beschreibung durchaus in die Darstellung eines politischen Protestverhaltens, zumal dann, wenn sich die sogenannten Ausreiser zu einer Gruppe mit gemeinsam geplanten Aktionen zusammenschlossen.

68 Interview, Frau L., 10.2.1995, Transkript, S. 12.

69 Von den Eingaben sind in den achtziger Jahren durchschnittlich auch nur 30 Prozent positiv beantwortet worden, die Erfolgsquote der Streiks lag noch darunter. Vgl. Hürtgen, Der erfolgreiche Ausweg über die Eingabe?, in: dies., Zwischen Disziplinierung und Partizipation, S. 284–293.

70 Die Gründe für dieses Verhalten von DDR-Frauen sind vielschichtig und reichen von deren häufig erst in den sechziger Jahren erfolgtem und damit traditionslosem Einstieg in das Berufsleben bis zur dominant von Frauen ausgeübten Funktion des gewerkschaftlichen Vertrauensmannes. Vgl. Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation; sowie dies., FrauenWende-WendeFrauen. Frauen in den ersten betrieblichen Interessenvertretungen der neuen Bundesländer, Münster 1997.

Das war die Situation in den Betrieben der DDR, als im Sommer und Frühherbst 1989 das politische System – wie wir heute wissen – auf sein Ende zuraste. Zwar lassen sich inzwischen aus den Akten oder Zeitzeugenerzählungen eine Reihe von Anzeichen einer revolutionären Situation in der DDR für die letzten Jahre vor der „Wende“ auch in den Betrieben entdecken – allerdings blieben diese wie in den Jahrzehnten zuvor, der Öffentlichkeit verborgen und trugen so kaum zu einer allgemeinen Ermutung bei. Als sich im Herbst 1989 die verschiedenen oppositionellen Gruppen und Parteien formierten, konnten ihre Akteure – anders als die Beschäftigten im Betrieb – auf ein Netzwerk von Gleichgesinnten zurückgreifen, das sich in den Kirchen oder illegalen Gruppen seit einigen Jahren formiert hatte. Wer 1989 eine widerständige Aktion im Betrieb beabsichtigte, etwa eine kleine Gruppe zusammenzubringen, die eine Unterschriftenaktion initiieren oder einen offenen Brief gemeinsam verfassen wollte, musste sich in der „Wendezeit“ erst nach vertrauenswürdigen, zuverlässigen Partnern umschaun. Dabei half die betriebsinterne Kenntnis von den genannten Regelverletzungen, die in den Monaten vor der „Wende“ eine gewachsene Risikobereitschaft anzeigten, politische Normen nicht einzuhalten. So wird erinnert, dass sich der letzten BGL-Wahl im Frühjahr 1989 offen widersetzt oder auf eine Abstimmung während der Betriebsversammlung mit Gegenstimmen reagiert wurde.⁷¹ Dies waren Situationen, in denen Beschäftigte vielleicht zum ersten Mal die politische Haltung anderer Beschäftigter aus dem gleichen Betrieb wahrnehmen und worauf sie bei den ersten Gruppenbildungen im Herbst aufbauen konnten. Andere berichteten, dass sie auf ihre Erfahrungen und den „gesunden Menschenverstand“ zurückgriffen, wenn sie einen Kollegen oder eine Kollegin im Herbst 1989 um Mitunbaten. Derselbe Verstand sagte ihnen auch, dass man keine Genossen und keine Leiter respektive Vorgesetzte ansprechen sollte, welche tatsächlich in der Folgezeit nur ausnahmsweise zu den Akteuren der „betrieblichen Wende“ 1989 gehörten. Arbeiter, und vor allem Angestellte, darunter wieder viele technische Angestellte ohne Leitungsfunktion und untere ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre waren die eigentlichen Protagonisten der ersten „Wendewochen“ im Betrieb.⁷²

Oppositionsforschung und Arbeiterwiderstand in der DDR – Fragen und Probleme

Es drängt sich im Anschluss an die dargestellte Entwicklung von betrieblichem Protest- und Konfliktverhalten in der DDR die Frage nach einer Bewertung dieses Verhaltens im Kontext einer Oppositions- und Widerstandsforschung auf. Sind diese wenigen Beispiele von Regelverletzung und Zivilcourage, auf die sich das Konfliktverhalten im Betrieb in den siebziger und namentlich in den achtziger Jahren reduzieren lässt, angesichts einer politisch atomisierten und auf ihre Privatsphäre zurückgeworfenen Arbeiterschaft überhaupt wert erwähnt zu

71 Vgl. Gehrke/Hürtgen, *Der betriebliche Aufbruch*, S. 65 sowie S. 81.

72 Vgl. dazu sowie zum Zusammenhang von außerbetrieblicher und betrieblicher Opposition in der „Wende“ 1989/90: Gehrke/Hürtgen: *Der betriebliche Aufbruch*.

werden? Was haben das Schreiben einer Kollektiveingabe oder die Rückgabe des FDGB-Buches mit Opposition und Widerstand zu tun?

1. Arbeiterwiderstand im Betrieb war spätestens mit der Existenz einer organisierten Arbeiterbewegung seiner Form nach kollektiver Widerstand, darin liegt auch die Stärke betrieblichen Widerstandes. Streiks sind ihrer Natur nach zudem öffentliche Protestformen. Was nicht hieß, dass trotz eines gewissen Schutzes, den autonome Organisationen streikenden oder protestierenden Arbeitern boten, das Risiko abzuwägen war, sich dem Unternehmer offen als Akteur zu zeigen. Selbst der deutsche Gewerkschaftsvertrauensmann und Kassierer des ADGB ging vor 1933 seiner Funktion außerhalb des betrieblichen Umfeldes nach, denn für diesen war der „Kampfort“ Betrieb ein zu gefährliches Pflaster. Hier verlor man rasch seine Anonymität und es drohte selbst bei legalem Tun die Entlassung. Wie viel mehr galt und gilt dies für eine Situation, in der keine autonome Arbeiterorganisation einen Mindestschutz bieten kann? Nicht zufällig versammelten sich die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter in der Zeit des „Sozialistengesetzes“ vor allem außerhalb der Betriebe, in den Hinterzimmern der Kneipen und auf Kremserfahrten ins Grüne.⁷³ Angesichts des geschilderten dichten Informations- und Kontrollnetzes des MfS sowie der Anwesenheit von Partei und sämtlichen Organisationen im DDR-Betrieb, waren widerständige Arbeiter dem unmittelbarer Zugriff der Staatsmacht besonders ausgeliefert. Selbst dem geheimen und individuellen betrieblichen Widerstand fehlte in der DDR die Sicherheit der Anonymität, eine Anonymität, welche der Straßenprotest oder der Hauskreis bis zu einem gewissen Zeitpunkt boten.⁷⁴ Wer sich hier versammelt hatte, und – um ein bekanntes Beispiel aus der DDR-Geschichte zu zitieren – mittels eines Spazierganges auf seine Situation aufmerksam machte, blieb wenigstens für kurze Zeit unerkannt. Zugleich aber schützte ihn, wenn auch nur für Augenblicke, eine gewisse Öffentlichkeit. Vielleicht konnte eine Kamera des Westfernsehens den Protest festhalten oder ein Auslandskorrespondent die Nachricht weiterleiten. Einen solchen Schutz durch Öffentlichkeit gab es für betriebliche Aktionen nicht. Damit aber war die Meßlatte für widerständiges Verhalten von Arbeitern in einem DDR-Betrieb sehr hoch gehängt. Noch in Zeiten des Aufbruchs 1989 wurde von den Beteiligten das Risiko, sich an einer Straßendemonstration zu beteiligen oder den geschützteren Raum der Kirche zu nutzen, weitaus geringer eingeschätzt als in einer Betriebsversammlung aufzustehen und die Ablösung des Betriebsleiters zu fordern.⁷⁵

73 Diese Behauptung einschränkend, ist jedoch zu bedenken, dass namentlich die deutsche Sozialdemokratie, anders als bspw. die Kommunisten, den Schwerpunkt ihrer Partei- und Gewerkschaftsarbeit stets außerhalb des Betriebes gelegt hat.

74 Infolge der Umorientierung der Arbeit der Staatssicherheit auf das sogenannte Produktionsprinzip in den sechziger Jahren, stellte das MfS eine ungenügende Präsenz im Wohn- und Freizeitbereich fest. Vgl. Renate Hürtgen, „... wir wußten schon, daß die im Betrieb waren, nur nicht, wer nun wirklich dabei war.“ Operative Personenkontrollen des MfS im DDR-Betrieb, in: Deutschland Archiv 36 (2003), Heft 1, S. 34–44.

75 Siehe z.B. die Diskussion über Aktionen im Betrieb im Herbst 1989, in: Gehrke/Hürtgen (Hg.) Der betriebliche Aufbruch, S. 32–84.

2. So gesehen bekommen die oft nur kleinen Regelverletzungen, die DDR-Beschäftigte im betrieblichen Umfeld verübten, einen veränderten Stellenwert. Angesichts der höheren Risikobereitschaft, die solches im Betrieb voraussetzte, können sie durchaus als bemerkenswerte Zeichen von individuellem Protest und von Zivilcourage gewertet werden. Es geht nicht darum, auf diesem Weg der DDR-Arbeiterschaft per definitionem ihr kämpferisches Potential zurückzugeben, welches ihnen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter verloren gegangen war, sondern zwischen den verschiedenen Verhaltensformen zu differenzieren. Das seit den siebziger Jahren massenhaft praktizierte Schreiben auch von betrieblichen Eingaben war eine von Staat und Partei initiierte Art und Weise, in Form einer Bittstellung sein individuelles Interesse durchzusetzen. Eine solche Petition drückte Unzufriedenheit aus und unterschied sich insofern bereits von einem Loyalitätsbekenntnis zur herrschenden Politik, zumal ihre Schreiber nun aus dem Kreis der anonymen Meckerer herausgetreten waren. Aber auch hier galt: Wer die politischen Regeln nicht einhielt und seine Kritik zu grundsätzlich formulierte, eine Eingabe im Kollektiv verfasste oder eine Öffentlichkeit über sein Tun informierte, konnte mit Maßregelungen rechnen. Solcherart Grenzüberschreitung unterschied sich nicht wesentlich von einer Kollektiveingabe, die eine Hausgemeinschaft verfasste oder eine Gruppe, die sich außerhalb des Betriebes zusammenfand: Das Risiko, die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit mit unbekanntem Folgen auf sich zu ziehen, war gleichermaßen hoch. Zudem ist zwischen jenen Arbeitern zu unterscheiden, die sich mit ihrem Los misstrauig abgefunden hatten und jenen, die kleine Grenzüberschreitungen probierten – in einer Diktatur waren das gewagte und mutige Schritte.

3. Die wenigen Zeugnisse kollektiver politischer Gegnerschaft im DDR-Betrieb der siebziger und achtziger Jahre sind nicht nur aus moralischen Gründen erwähnenswert, sondern auch, weil in ihnen wichtige Momente einer Identitätsbildung aufscheinen. Einer weitgehend atomisierten Arbeiterschaft, die weder eine Möglichkeit der öffentlichen Meinungsbildung außerhalb offizieller staatlicher oder staatsgewerkschaftlicher Zusammenhänge hatte, noch eine unabhängige Interessenkoordination mit anderen Beschäftigten oder kollektive Erfahrungen im Widerstand gegen die Zumutungen von Partei und Staat kannte, sind entscheidende Identitätserfahrungen verlustig gegangen. Diese Funktion hätten der Streik oder andere kollektive Protestformen einnehmen können, welche umgekehrt zugleich die entscheidenden Bedingungen dafür darstellen, dass sich überhaupt kollektiv und widerständig verhalten wird.⁷⁶ Während also kollektive Formen des Arbeitskampfes gute Voraussetzungen sind, eine Gruppen-Identität herzustellen und widerständiges Handeln zu ermöglichen, wirken individuelle Petitionen im Gegenteil dahin, dass die Entstehung von Gruppenzusammenhängen und damit Gruppenidentitäten erschwert oder gar verhindert werden und keine gemeinsame Gegnerschaft aufgebaut werden kann.⁷⁷ Insofern ist die massenhaft ver-

76 Als eine der wichtigsten Folgewirkungen und Funktionen der Streiks in Polen 1980 wird deren Funktion angesehen, eine kollektive Identität der Arbeiter zurückzugewinnen. Vgl. Melanie Tatur, *Solidarność als Modernisierungsbewegung*, Frankfurt a.M. 1989, S. 114.

77 Der aus dem Arbeitsleben „verschwundene Streik“ ist zudem Ausdruck dafür, dass jede Art von sozialem Konflikt bei den Herrschenden unerwünscht, als der Gesellschaft „wesensfremd“ angesehen und gesellschaftlich geächtet wurde. Offiziell galt er als Ausdruck von Reaktion und nicht von Progress. Damit aber – hier lässt sich durchaus auf die Erkenntnisse der westlichen Konfliktforschung zurück-

breitete Praxis des individuellen Eingabenschreibens in der DDR einerseits ein Sinnbild für eine politisch atomisierte Gesellschaft, im engeren für eine politisch atomisierte Arbeiterschaft, wie andererseits eine noch so kleine kollektive Aktion z. B. im Rahmen der Eingabepaxis die Möglichkeit einer widerständigen Identitätsbildung eröffnete.⁷⁸

4. Wenn sich die Herrschaftsverhältnisse im DDR-Betrieb durch eine besonders dichte und wirkungsvolle staatliche Kontrollstruktur auszeichneten, welche wiederum erheblichen Einfluss darauf hatte, dass kein ausgeprägtes widerständiges betriebliches Milieu an die Stelle eines organisierten arbeiterbewegten Milieus getreten war, drängt sich die Frage danach auf, ob an anderen Orten ein solches Widerstandsmilieu entstanden war. Hat sich in der DDR der siebziger und achtziger Jahre der Unmut von Arbeitern auf andere Art und Weise und an einem anderen Ort – etwa im Wohngebiet oder im Rahmen von Freizeitvereinen – ausgedrückt? Versammelten sich – und wenn ja in welchem Umfang – Arbeiter in den Kirchen, oppositionellen Gruppen oder illegalen Zirkeln? Leisteten Arbeiter zwar nicht als Arbeiter im Betrieb, aber als Arbeiter auf der Straße oder in halböffentlichen Räumen Widerstand?⁷⁹ Was lässt sich aus den Statistiken des MfS über eine hohe Beteiligung von Arbeitern an den mehrheitlich außerhalb der Betriebe stattfindenden Protesten gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR 1968 oder an den Solidaritätsbekundungen für die Solidarność 1980 deuten? Hat sich der politische Widerstand von Arbeitern, angesichts der Unmöglichkeit, diesen im Betrieb auszutragen, auf die Anonymität der Straßen und Plätze verlagert?⁸⁰ Für die Forschung stellt sich die Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Opposition und deren Veränderungen seit 1949, nach dem Anteil von Arbeitern in solchen Gruppen sowie danach, in welcher Weise diese „Bürger Arbeiter“ den Charakter der DDR-Opposition prägten. Darüber hinaus würde ein Vergleich mit anderen osteuropäischen Diktaturen Aufschluss darüber geben, ob die für die DDR konstatierte Verlagerung des Protestverhaltens von Arbeitern auch für polnische, tschechische oder ungarische Verhältnisse zutrifft oder eher aus der Spezifik der DDR-Verhältnisse zu erklären ist.

5. Eine Reihe von strukturellen Unterschieden zwischen betrieblichen und außerbetrieblichen Protestformen oder widerständigen Aktionen in einer Diktatur erschweren den Vergleich. Auf den ersten Blick scheint es auch wenig Gemeinsamkeiten zwischen einer in den Kirchen oder illegalen Zirkeln organisierten Opposition und einer weitgehend entpolitisiert-

greifen – war der DDR-Gesellschaft ein entscheidendes „Lebens- und Entwicklungsprinzip“ genommen: die offene Konfliktaustragung.

78 Zur Funktion von Identitätskonstruktionen im DDR-Betrieb, vgl. Georg Wagner-Kyora, Karbidarbeiter in der Bargaining-Community. in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), *Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001, S. 191–216; Peter Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR, in: *Bohemia* 42 (2001), Heft 2, S. 220–243.

79 Bernd Gehrke, Weichenstellungen zum Disparaten. Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft, in: Hübner u.a. (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus*, S. 405–424. Gehrke entwickelt den Gedanken, dass das „Ende des kollektiven Arbeiterwiderstandes im Betrieb“ nach dem 13. August 1961 nicht „identisch mit dem Ende des Arbeiterwiderstandes überhaupt“ sei. Ebd., S. 409.

80 Dieser Gedanke bei Bernd Gehrke, in: ders., 1968 – Das unscheinbare Schlüsseljahr der DDR, in: Gehrke/Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter.

ten und individualisierten Arbeiterschaft zu geben, die sich mehrheitlich in ihre privaten Nischen zurückgezogen hatte und im besten Fall eine Eingabe zu Hause am Küchentisch formulierte. Ein weiter gefasster Begriff von Opposition, in den individuelles Protestverhalten und kollektive Zivilcourage einbezogen werden, verändert dieses Bild jedoch erheblich. Jetzt zeigt sich, dass es sowohl in der außerbetrieblichen DDR-Gesellschaft als auch im Betrieb in allen Jahren, mit wieder zunehmender Tendenz am Ende der achtziger Jahre, solche risikobehafteten Verhaltensweisen gegeben hat, die durchaus vergleichbar sind. Sich gegen staatlich verordnete Preise zu wehren oder gegen staatlich verordnete Erziehungsziele in den Schulen und Kindergärten, waren u.U. Proteste gleicher Ordnung und wurden vom Staat auch genau so behandelt. Das Risiko, die Aufmerksamkeit des MfS auf sich zu ziehen, bestand gleichermaßen für Beschäftigte, die eine Kollektiveingabe im Betrieb schrieben und für Hausbewohner, die eine Petition gemeinsam verfassten. Die geringe Ausstrahlungskraft beider Aktionen in die Mehrheitsgesellschaft, ihre Marginalität und vor allem die Tatsache, dass es zwischen außer- und innerbetrieblichen Protestformen sowie diesen und der organisierten Opposition keine Kommunikation gab, verband sie alle. Der politische und gesellschaftliche Kontext, in dem sie agierten, ist die Grundlage dafür, dass wir ihre gemeinsamen Wurzeln erkennen und nach Zusammenhängen zwischen ihnen fragen können. Was verbindet ein außerbetriebliches mit dem betrieblichen Protestverhalten in der DDR? Wie erklärt sich das Verhältnis der organisierten Opposition zur Mehrheitsgesellschaft? Warum existierten sämtliche Formen des politischen Protestes in der DDR derart isoliert voneinander? Solche und ähnliche Fragen sollten eine Oppositionsforschung künftig stärker interessieren, nicht zuletzt, weil von ihnen Antworten zu erwarten sind, die den Charakter der ganzen Gesellschaft, einschließlich ihrer Herrschaftspraxis, betreffen.